

„Österreich ist kein Einwanderungsland“ – Die gewaltsame und doch erfolglose Aufrechterhaltung einer Fiktion und ihre gesellschaftspolitischen Auswirkungen

Gero Fischer

Vorbemerkungen

Im aktuellen politischen Diskurs über Integration kocht die Frage der Deutschkenntnisse der Schüler mit migrantischem Hintergrund immer wieder hoch und gibt das Stichwort für Populisten, diverse Zwangsmaßnahmen sowie billige und einfache Rezepturen einzufordern. Das garantiert, dass die sachliche Ebene schnell verlassen wird. Um die aktuelle Problematik zu verstehen, muss man die Zuwanderung der letzten 50 Jahre und die Bildungs- und Integrationspolitik resümieren. In den 60-er Jahren wurden an- und ungelernte Arbeiter angeworben für Niedriglohnssektoren in der Industrie, im Bauwesen. Zuwanderer vorwiegend aus Notstandsgebieten Jugoslawiens und der Türkei, wo auch der Bildungsstand gering, die Analphabetenquote hoch war und die Ansprüche an Löhne gering waren. Diese Menschen waren willig und arbeitsam. An die Möglichkeit der Integration in den Gastländern dachte die damalige Politik nicht, vielmehr sollten die „Gastarbeiter“ weitgehend segregiert (anfänglich in eigenen Wohnheimen) neben der einheimischen Bevölkerung leben. An den Arbeitsstellen war eine Kommunikation zwischen einheimischen und Gastarbeitern von den Firmenleitungen nicht erwünscht – man fürchtete gewerkschaftliche Absprachen. Der Verhinderung von über-ethnischer Arbeitersolidarität spielten die weit verbreiteten Vorurteile der Einheimischen gegenüber den südländischen Gastarbeitern und die mangelnden Sprachkenntnisse durchaus in die Hände. Davon abgesehen konnte damit gerechnet werden, dass die Gastarbeiter aufgrund ihrer Altersstruktur in die heimischen Sozialsysteme (insbes. Renten- und Pensionen, Krankenversicherung) mehr an Beiträgen einzahlen als sie Leistungen aus ihnen beanspruchen würden. Es überwogen die positiven Aspekte, es schien sich eine win-win-Situation anzubahnen.

Das Rotationsmodell begann jedoch zu stocken, als sich die Erwartungen der Gastarbeiter nicht erfüllten, in kurzer Zeit so viel Kapital zu erwerben, um dieses in den Herkunftsländern zu investieren, um dort die Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern. Die Aufenthaltsdauer verlängerte sich, denn auch der Druck der Wirtschaft nahm zu, die Beschäftigungsdauer der Gastarbeiter zu liberalisieren, da man sich die Anlernkosten, die bei jedem Wechsel anfallen, sparen wollte. Mit der steigenden Zahl der Arbeitsemigranten wurde ihre Rolle als Konsumenten und Steuerzahler immer mehr geschätzt. Aus einem temporären Aufenthalt wurde tendenziell ein Daueraufenthalt. Jedoch ein wichtiger außerökonomischer Faktor, gewissermaßen der Kollateralschaden Arbeitskräftebeschaffung wurde nicht bedacht: „Entwurzelung großer Menschengruppen und durch sie bedingte Ausbreitung der Marginalität sowie darauf folgende Migrationsprozesse sind vom Prozess der Globalisierung nicht zu trennen“.¹ Neoliberale Umstrukturierungen forcieren Spaltungen der Gesellschaft entlang der sozialen Bruchlinien und verschärfen soziale Polarisierung und Pauperisierung. Die Migrationen werden intensiver und diversifizieren sich, wie z.B. Elendsmigration vs. Experten- / Elitenmigration. Transmigrationen – der Wechsel verschiedener Lebensorte wird zum Normalfall². „Migration muss als gesellschaftliche Normalität, konstitutiver Bestandteil des Globalisie-

¹ Reinhart Kößler: Globalisierung, internationale Migration und Begrenzung ziviler Solidarität. Versuch über aktuelle Handlungsformen von Nationalstaaten. in: Luder Pries (Hg.): Transnationale Migration. Baden-Baden, 1997, S. 329.- 347, S. 331

² Ludger Pries: Gespaltene Migration – gespaltene Gesellschaft? Migranten-Inkorporation in Zeiten der Transnationalisierung. in: Wolfgang Schröer / Stephan Sting (Hg.): Gespaltene Migration. Opladen, 2003, S. 111 – 126, S. 115

rungsprozesses und (sozial)politische Gestaltungsaufgabe von höchster Priorität begriffen werden. Notwendig wäre eine integrale Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, die weltoffen, demokratisch und den Menschenrechten verpflichtet ist“.³ Die Globalisierung fördert unausweichlich die Entstehung einer multiethnischen, multikulturellen und multilingu-
alen Gesellschaft. „Wenn die Ambivalenzen der Weltgesellschaft am Ort konfliktvoll aufbrechen, ist das kein Zeichen des Scheiterns ‚multikultureller Gesellschaftsexperimente‘, sondern möglicherweise Zeichen des Beginns einer neuen Gesellschaftsepoche, in der transnationale, transkulturelle Lebensformen Normalität werden.“⁴

Ein offensichtlich unverwüstliches Mantra

Entgegen aller historischer Erfahrung hält sich im politischen Establishment die Meinung (oder vielleicht besser: wird aufrecht erhalten), Österreich sei kein Einwanderungsland. Das ist im Grunde nichts anderes als bornierte in engstirnigem Nationalismus und Xenophobie verhaftete Realitätsverweigerung und entspringt einem Wunschdenken, idealisierten Vorstellungen von der Identität von Staat, Nation, (National-)Sprache, Kultur etc. Dieser Zustand entsprach nie der Wirklichkeit. Bürgermeister Lueger ließ vor gut 100 Jahren Bewerber um einen städtischen Dienstposten einen Eid mit der Verpflichtung ablegen, sich für die „Deutscherhaltung der Stadt Wien“ einzusetzen. Damals betrug der Anteil an – heute würden wir sagen – Personen mit Migrationshintergrund über 50%. Wien, das insbesondere sprachlich und kulturell von der Ein-/Zuwanderung entscheidend geprägt wurde, ist ein Schmelztiegel⁵ par excellence. Unumstößliche Tatsachen sind: ca 18 % der österreichischen Bevölkerung (und zwischen 30 und über 40% der Wiener Bevölkerung – je nach Berechnung) haben heute Migrationshintergrund und etwa eine halbe Million Auslandsösterreicher bilden heute die empirische Grundlage dafür, dass Österreich sowohl als ein Einwanderungs- als auch ein Auswanderungsland zu bezeichnen ist. Diese Faktenlage wird von der Politik nicht einhellig zur Kenntnis genommen, vielmehr wird versucht, insbesondere den Einwanderungscharakter entweder zu verleugnen oder klein zu reden. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn je nach ideologischer Gemengelage nicht selten der Diskurs über Integrationsstrategien zwischen Verachtung und Ignoranz oszilliert. Dieser Kontinuität von Abwehrhaltung, Fremdenfeindlichkeit und Kulturchauvinismus stehen aber in einzelnen Kommunen sehr ambitionierte Anstrengungen entgegen, Fördermaßnahmen zur Integration zu entwickeln. Auf den Ebenen der Kommunalverwaltung ist man eher bereit, der Problematik mit konkreten Maßnahmen zu begegnen. Zu erwähnen ist in Wien insbesondere die MA 17 (seit 2004) die Fachabteilung der Stadtverwaltung für Integration und Diversität. Ihre Aufgabe ist es explizit, durch Integrationsbegleitung die Chancen und Potentiale der Zuwanderung zu nützen und damit ein respektvolles Zusammenleben in Vielfalt und ein Ausleben der eigenen kulturellen Identität zu erzielen⁶. Das hier praktizierte Konzept der Integration steht in klarem Gegensatz zum von Rechtspopulisten vertretenen der bedingungslosen Assimilation.

Das Dogma vom Nichteinwanderungsstatus Österreichs hat eine umfassende und offensive Integrationspolitik weitgehend verhindert. In Übereinstimmung mit den Boulevardmedien wird Zuwanderung unter sicherheitspolitischen Aspekten, als Gefahrenpotenzial, gleichsam als potenzieller krimineller Akt politisch behandelt und deshalb ist dieser Bereich auch im Innenministerium angesiedelt. Erschwerend kommt hinzu, dass auf politischer Ebene (auch nicht zwischen den Regierungsparteien) kaum eine tiefer gehende inhaltliche Übereinstimmung hinsichtlich der Ziele der Integration auszumachen ist. Der kleinste gemeinsame politi-

³ Christoph Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates: Wiesbaden 2004, S. 33

⁴ Ulrich Beck: Was ist Globalisierung? Frankfurt, 1997³, S. 154

⁵Michael John / Albert Lichtblau: Schmelztiegel Wien einst und jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten. Wien, 1990

⁶ Vgl. <http://www.wien.gv.at/integration/>

sche Nenner geht kaum über die Forderung Deutsch-Lernen hinaus. Bei den Rechtsparteien wird, wenn von Integration die Rede ist, Assimilation als explizit bedingungslose kulturelle Unterwerfung verstanden. Eben diese Strategie der Abschottung und Ausgrenzung und Verweigerung von Gleichberechtigung fördert die Herausbildung von Parallelgesellschaften mit allen negativen Folgen. Das ist zugegebener Maßen für Hardliner schwer zu akzeptieren. Die Strategie einer pluralistischen Integration mit dem Ziel einer vollständigen aktiven Teilhabe der Zuwanderer am gesellschaftlichen Prozess, mit der Herausbildung von Mehrfachidentität muss Voraussetzungen schaffen, dass die Zuwanderer auch Verantwortung übernehmen, ihre Rolle in der Gesellschaft als gleichberechtigte Bürger erkennen und wahrnehmen. Das setzt rechtliche Gleichstellung, Chancengleichheit, Öffnung von Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Zugang zu Wahlrecht, erleichterten Erwerb der Staatsbürgerschaft, etc. voraus.

Der Prozess der Integration ist ein gesellschaftliches Lernprojekt, für dessen Gelingen zumindest zweierlei erforderlich ist: Die Lernbereitschaft der Zuwanderer sich im neuen gesellschaftlichen Umfeld zurecht zu finden und sich verantwortungsbereit einzubringen und auf der anderen Seite Empathie bzw. Solidarität der einheimischen Bevölkerung diesen Lernprozess zu unterstützen und den Integrationsprozess auch als einen Prozess der Veränderung ihrer selbst anzunehmen. Dieser Prozess führt an der gemeinsamen Überwindung tradierter Vorurteilsstrukturen ebenso wenig vorbei wie an der unabdingbaren Notwendigkeit, dass einem Klima der Hetz- und Hassrhetorik (ob in Moscheen oder beim heimischen Politfrüh-schoppen im Bierzelt), religiöser Fundamentalismen jeglicher Art, der plumpen Islamophobie, Rassismen, geschürter Unverträglichkeiten endgültig der Boden entzogen wird.

Immigration und Bildungspolitik

Ein Schlüssel zur Integration liegt in der Bildungspolitik. Die ideologische begründete Verleugnung des Einwanderungscharakters Österreichs hat sich lange Zeit negativ auf das Schulwesen ausgewirkt, indem die Politik der Fiktion anhing, die Gastarbeiter, die in den frühen 60-er Jahren des 20. Jh. ins Land (über Anwerbungsbüros in Jugoslawien und der Türkei) gerufen wurden, würden ohnedies in absehbarer Zeit in ihre Herkunftsländer zurückkehren und daher seien schulische Integrationsmaßnahmen entweder nicht notwendig oder zumindest nicht als Regel bzw. bestenfalls als Rückkehrhilfe / Reintegrationshilfe im Regelschulwesen zu installieren. Daher wurden auch die Lehrer in ihrer Ausbildung nicht entsprechend, d.h. systematisch und verbindlich auf die sich verändernde Schulsituation vorbereitet. Allerdings haben aufgrund der eigenen Praxiserfahrungen Lehrerinitiativen selbstorganisierte Weiterbildung auf die Beine gestellt, mit der sog. „Ausländerpädagogik“ (80-er Jahre 20. Jh.) als inhaltlichen Schwerpunkt. Zahlreiche Schulversuche⁷, konkrete Vorschläge, etc. Kooperation mit Forschungsstellen in der BRD, mit Schulzentren in Berlin etc. waren für diese Zeit typisch. Konzentrierten sich vorerst die pädagogische Bemühungen auf den Primarschulbereich, so wurde im Laufe der Zeit die Migrationsproblematik auch in der Sekundarstufe (insbesondere BHS, zunehmend aber auch AHS) virulent.

Die Sprachproblematik (z.B. mangelnde Deutsch-Kenntnisse, Halbsprachigkeit, u.a.) ist relevant, stellt aber nur einen Teil Integrationsproblematik dar. Die Aufnahmegesellschaft hat hier ebenso ihren Beitrag zu leisten wie die Zuwanderer. Es ist ein Irrtum, Integration als Leistung nur den Zugewanderten auferlegen und von ihnen fordern zu sollen. Es handelt sich vielmehr um einen zweiseitigen Prozess, der andererseits der Einwanderergesellschaft Öffnung, Toleranz und Verständnis für andere Identitäten abverlangt sowie Akzeptanz, dass die

⁷ Vgl.: Gero Fischer: Schulversuch muttersprachliche Alphabetisierung. VS Kindermannngasse Wien XVII.

Bericht (im Auftrag des BMUK) Wien 1992

Gero Fischer: Interkulturelles Lernen im Team. Im Auftrag des BMUK, Wien 1994

Zuwanderer in der Einwanderergesellschaft gesellschaftlich wie politisch partizipieren, Verantwortung übernehmen, sobald sie die Ordnungen und Werte der Einwanderergesellschaft akzeptieren und respektieren. Die Zuwanderer entwickeln durch diesen Prozess der Integration eine Mehrfachidentität, da sie in mehrfachen Zugehörigkeiten leben⁸. Der Integrationsprozess hat somit eine insgesamt veränderte Gesellschaft zur Folge, scheitert er, dann endet er in einem permanenten gegenseitigen Bedrohungszustand und Gewaltszenario (im schlimmsten Fall so wie im Nahen Osten). Das Bildungswesen kann und muss diesen gemeinsamen gesellschaftlichen Lernprozess begleiten und gestalten, um eine friedliche Zukunftsperspektive zu entwickeln. In diesen Prozess hat sich die Bildungspolitik einzubringen.

Muttersprache und Deutsch als Zweitsprache

Die Beherrschung des Deutschen als Zweitsprache ist für Migranten eine Existenzfrage und steht außer Diskussion. Bei der Frage der Erreichung dieses Ziels gehen die Ansichten im politischen Meinungsstreit auseinander, obwohl die Positionen der Wissenschaft hier eindeutig sind und zusammengefasst so formuliert werden können: Ohne profunde Kenntnis der Mutter-/Primärsprache ist ein erfolgreicher Erwerb einer Zweitsprache (auf hohem Niveau) nicht möglich. Eine Forcierung des Deutschen auf Kosten der Muttersprache kann zu negativen Folgen führen, die auch als „doppelte Halbsprachigkeit“ bezeichnet wird. Halbsprachigkeit ist ein misslungener Versuch Zweisprachigkeit zu erwerben, mit den fatalen Folgen weder in der Erst- noch in der Zweitsprache Bildungskompetenz erwerben zu können, da weder die eine noch die andere entsprechend „ausgebaut“ / entwickelt worden ist. Eine sozialisationsbedingte Entwicklung, die nicht durch übliche pädagogische Maßnahmen „repariert“ werden kann. Im Phänomen der Halbsprachigkeit findet sich häufig eine Reihe von negativen Aspekten aggregiert, wie problematische soziale Verhältnisse, Kultur- und Bildungsferne, Bildungsfeindlichkeit, Ablehnung durch die Umwelt, fremdenfeindliche Atmosphäre, Verunsicherung in der Lebensplanung – Daueraufenthalt mit Integrationsperspektive oder Rückkehr, Aufstiegsperspektive u.dergl.

Hochentwickelte muttersprachliche Kompetenz, insbesondere Reflexion(sfähigkeit) über das Funktionieren der eigenen Sprache sind Voraussetzung für das Erlernen weiterer Sprachen. So z.B. ist es relevant, unterscheiden zu lernen, was z.B. Substantiva, Verben, Adjektiva, was Zeiten sind und wie sie ausgedrückt werden etc. Ist Sensibilität für Grammatik, für sprachliche Unterschiede, für das sprachliche Instrumentarium nicht ausreichend ausgebildet, dann ist es unausweichlich, dass diese Defizite auf den Erwerb der neuen Sprache übertragen werden. Sind die sprachlichen Fertigkeiten für Bildungszwecke nicht ausreichend ausgebildet, dann kann ein bestimmtes Ausbildungsniveau nicht überschritten werden. Daraus ergibt sich zwingend die Notwendigkeit der Förderung der Muttersprache / Herkunftssprache. Deutsch als Zweitsprache / DaZ ist mehr als bloß eine Fremdsprache, sie ist, dramatisch formuliert, eine Überlebensfrage für Zuwanderer, auf jeden Fall der Schlüssel zur sozialen Positionierung schlechthin. Das Sprachniveau, das in DaZ zu erwerben ist, muss als hoch angesetzt werden (sicherlich ist zu differenzieren nach den je nach sozialer Stellung determinierten Kommunikationsbedürfnissen), im Durchschnitt liegt es auf alle Fälle unvergleichlich höher als der durchschnittliche Fremdsprachenunterricht.

Es gibt politische Kräfte, auch Pädagogen sind darunter, die glauben, mit Sprachverboten (z.B. dem Verbot, dass während der Pausen Herkunftssprache verwendet wird) die Motivation stärken zu können, dass Schüler mit Migrationshintergrund Deutsch lernen. Aber auch der oft geäußerte Vorwurf an Eltern mit Migrationshintergrund mit ihren Kindern nicht Deutsch sprechen, ist zumindest unüberlegt. Was für ein Deutsch können die Migranteneltern ihren Kindern schon bieten? Über Mittel der Segregation führt kein Weg zur Integration. Wer die

⁸ Vgl. Elka Tschernokoshewa: Nachdenken über Zugehörigkeiten: Leben im Spagat. In: Eva Müllner (Hg.): Entweder-und-oder. Vom Umgang mit Mehrfachidentitäten. Klagenfurt, o.J.: S. 106 - 124

Muttersprachen nur in den Familien, im Ghetto erlauben möchte, vertritt eine Pädagogik der Diskriminierung. Sie bietet keinen Platz für Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit. Wer Sprachen wertet, wertet auch die Menschen, die sie benützen. Sprachverbote haben immer eines gebracht: das Verstummen, die Zerstörung von Sprachkompetenz. Unterdrückung der Herausbildung von Zweisprachigkeit fördert sog. „Halbsprachigkeit“, das Scheitern in der Herkunftssprache als auch im Deutschen. Unterdrückung der Identität bringt keine selbstbewussten freien Menschen hervor sondern zerbrochene Persönlichkeiten und Traumatisierungen. Alles Konsequenzen, die bei bestem Willen nicht gewollt sein dürfen.⁹ Sprachverbote im öffentlichen Raum entsprechen den minderheitenfeindlichen ethnopluralistischen Konzepten, die nur in klar definierten Räumen (Gettos, Reservaten) ethnische, sprachliche und kulturelle Andersartigkeit zulassen wollen. Diese Modelle erlauben kein Miteinander, keinen Kontakt auf gleicher Augenhöhe. Spracherwerb auf der Basis von Sprachverboten ist nicht möglich.¹⁰ Spracherwerb ist nur als ein Dazulernen denkbar und kann nicht auf Zerstörung von vorhandener Sprachkompetenz aufbauen. Zuwanderer brauchen, um DaZ auf hohem Niveau zu erwerben seitens der Mehrheitsbevölkerung solidarische, empathische Unterstützung, positive Einstellung und Anerkennung ihrer Integrationsarbeit. Förderung der Muttersprache als Grundlage für einen erfolgreichen Erwerb von DaZ. Als bildungspolitische Strategie in Österreich nur punktuell, halbherzig wenig systematisch, da geht z.B. Kanada ganz andere Wege¹¹.

Die Ausbildung einer ausgewogenen Zweisprachigkeit bei Kindern mit Migrationshintergrund muss ein pädagogisches und bildungspolitisches Ziel sein. In den 80-er Jahren entstand eine Reihe von durchaus Erfolg versprechenden Schulversuchen zur Förderung des MuZu, zur zweisprachigen Alphabetisierung u.ä. Diese Schulversuche hatten ein Ablaufdatum und nur wenig von diesen Erfahrungen wurde ins Regelschulwesen übernommen. Fördermaßnahmen zeigten sich immer wieder abhängig von politischen Konjunkturen und Rücksichten auf den politischen rechten Rand. Somit ergab sich zwar eine Reihe von Provisorien, keine Konsequenzen aus den integrativen Schulversuchen und Erfahrungen. Das Aufgabenfeld einer integrativen Pädagogik wurde auch nicht wirklich ernst genommen, in der stillen Hoffnung, es würde sich alles von selbst erledigen. Die Alarmglocken schrillten erst, als klar wurde, dass durch diese Art der Beschulung eine erschreckende Zahl von Schülern mit migrantischem Hintergrund den Hauptschulabschluss nicht schaffen¹², und auf Grund der mangelhaften Bildung Probleme in den Berufsschulen und auf dem Arbeitsmarkt haben und sich somit ein soziales Problem ersten Ranges für die Zukunft abzuzeichnen begann.

Bildungspolitik und Integration

Bildungspolitik ist Teil der Integrationspolitik, Pädagogik kann jedoch nicht als Reparaturwerkstätte für schief gelaufene Gesellschaftspolitik dienen. Integrationspädagogik steht auf verlorenem Posten, wenn gesellschaftliche Ablehnung und ausländerfeindliche Politik den Alltag der (integrationswilligen) Zuwanderer beeinträchtigen. Man darf sich nicht wundern, wenn viele, vor allem Unterschichtangehörige aus dem ländlichen Raum – in ihrer Orientierungslosigkeit eine Stütze z.B. im Rückzug in eine besonders konservative, fundamentalistische Religionspraxis suchen. Als ausgesprochen kontraproduktiv erweist sich,

⁹ Vgl. Peter Gstettner: Zwanghaft Deutsch? Über falschen Abwehrkampf und verkehrten Heimatdienst. Klagenfurt 1987

¹⁰ J.L. Calvet: Die Sprachenfresser: ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus. Berlin, 1978
Karin Bott-Bodenhausen: Unterdrückte Sprachen: Sprachverbote und das Recht auf Gebrauch der Minderheitensprachen. Frankfurt, 1996

¹¹ Petra Milhoffer: PISA-Sieger Kanada: Integration statt Selektion - „We believe – Kids achieve“

http://www.gew.de/PISA-Sieger_Kanada_IntegrationstattSelektion_-_We_believe_Kids_achieve.html

¹² vgl.: Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2 B: Aktuelle Themen zur pädagogischen Qualität der Schule

Integrationsfragen vorwiegend aus der Sicht der Sicherheitsproblematik zu behandeln. Zwangsmaßnahmen und periodische Verschärfung der Ausländergesetze haben die Integration nicht verbessert und eher das gefördert, wovor immer wieder gewarnt wird, nämlich Segregation und das Entstehen verschiedener Formen von Parallelgesellschaften. Die Verschärfung der Ausländergesetze und xenophobe Hetze tragen außerdem dazu bei, dass insbesondere sehr flexible, gut ausgebildete ausländische Kräfte das Land verlassen, da sie nicht darauf angewiesen sind, in einer solchen feindlichen Atmosphäre auszuharren. Sie haben die Wahl, das Optimum aus ihrem Leben zu machen. Keine Wahl haben hingegen die Vertreter der zweiten und dritten Generation der Zuwanderer, die nicht einmal einen Hauptschulabschluss haben. Rund 68% der Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund (zwischen 25 und 64 Jahren) haben nur Pflichtschulabschluss, 40% der Exjugoslawen, nur 13% ohne Migrationshintergrund sind davon betroffen¹³. Diese Zuwanderergenerationen haben sich von den Ländern der Herkunft ihrer Eltern entfremdet, oftmals beherrschen sie die Sprache nicht mehr, eine realistische Zukunftsperspektive in die Heimat ihrer Eltern stellt sich für sie nicht. Die zweite Generation wird zerrissen zwischen den unterschiedlichen Lebenszielen und Perspektiven der Generationen, verschiedenen gegensätzlichen Loyalitäten, ist aber in der neuen Umgebung schon stärker verwurzelt als in der „alten Heimat“, die sie nur von sporadischen Verwandtenbesuchen kennt. „Wenn es schlecht läuft, bleiben uns diejenigen, die nie weiterkommen als bis zum nächsten Sozialamt. Das ist der wahre Unterschied zwischen den Aufsteigern der türkischen Mittelklasse und den Bildungsverweigerern in den Ghettos: Während den einen die Welt offen steht, haben die anderen gar keine Wahl, als hier zu bleiben. Das ist unser Problem.“¹⁴

Die Bildungspolitik stand dem Phänomen der Immigration viel zu lange verständnislos und passiv gegenüber. Sie reagierte zögerlich anstatt Entwicklungen zu erkennen und entsprechende nachhaltige Antworten zu finden. Und: Sie gab sich mit punktuellen Minimallösungen zufrieden, wie z.B. ein paar Deutschstunden da und einen Schulversuch dort, o.ä. Folge der herrschenden Politik gegenüber den Migranten ist, dass viele 10, 20 oder mehr Jahre im Lande ohne explizite Bleibeperspektive lebten. Dieser Unentschiedenheit entsprechen auch viele Schulkarrieren.

Ein weiteres Problem hat die Einwanderungspolitik der 60-er Jahre des 20. Jh. der aktuellen Politik sozusagen in die Wiege gelegt: Damals wurden vorwiegend unqualifizierte Arbeitskräfte gesucht, eben Menschen, die gefangen in ihren Traditionen und in ihrer Ungebildetheit und nicht im Stande waren, sich für ihrer vorenthaltenen Rechte (und gerechten Löhne) einzusetzen. Was die Wirtschaft forderte, bekam sie auch: Arbeitskräfte aus bildungsfernen Schichten, die oft fundamentalistische, reaktionäre Anschauungen mitbrachten, Lebensmuster verfolgten, die mit den westeuropäischen kaum kompatibel waren, in der Regel geringe Erfahrungen mit anderen Kulturen hatten und diese Haltungen und Werte an die zweite Generation weiter gaben. Die Einwanderergesellschaften unternahmen (zu) wenig zur Integration dieser entwurzelten Menschen, die weitgehend sich selbst überlassen blieben. Diese lebten häufig in eigenen Wohnbezirken, bauten eigene Infrastrukturen auf, es entstanden segregierte Lebensbereiche mit wenigen Berührungspunkten mit der Mehrheitsgesellschaft. Die Mehrheitsgesellschaft nahm die Minderheit nicht wahr und umgekehrt, das ging viele Jahre so, bis die offensichtlichen Integrationsdefizite unübersehbar an die Oberfläche traten. Insbesondere als sich bei der zweiten Generation erhebliche Bildungsdefizite zeigten und diese zu einem sozialen und politischen Problem zu werden drohten, reagierte die Politik.

In den 80-er Jahren wurden schließlich einige Maßnahmen gesetzt, wie der Zusatzunterricht für Migranten (BKS, Türkisch, Albanisch u.a.), aber nicht in erster Linie zur Förderung der

¹³ Daten aus: Statistisches Jahrbuch 2010, S. 46 f.

¹⁴ Jan Fleischhauer: In die Falle getappt. In: Spiegel 38/2010

Zweisprachigkeit, sondern um die Fiktion der Rückkehroption aufrecht zu erhalten. Eine Integration in das heimische Schulsystem schien lange Zeit weder wünschenswert noch zielführend. Mit fatalen Konsequenzen wie Halbintegration, Halbsprachigkeit. Bildungskarrieren endeten auf der halben Strecke, spätestens nach der Pflichtschule. Für Lehrlingsstellen und auf dem Arbeitsmarkt sind viele Pflichtschulabgänger mit Migrationshintergrund kaum vermittelbar. In den 80-er und 90-er Jahren wurden einige Richtungweisende Schulversuche realisiert, die auch internationale Beachtung fanden.¹⁵

Die Politik setzte anhaltenden Widerstand dagegen, erprobte Verfahren und Zugänge für das Regelschulwesen flächendeckend und dauerhaft zu übernehmen. Seit dem Beginn der Sparpakete wurden viele Fördermaßnahmen zurückgefahren bzw. sogar abgeschafft. Der EU-weite Rechtstrend und die Hinwendung zu simplen national(istisch)en Leit- und Ordnungsprinzipien sind drauf und dran, positive pädagogische Erfahrungen der Vergangenheit in Frage zu stellen und sogar zunichte zu machen. In der Kampagne zu den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen 2010 fanden sich Slogans wie „Reden über Bildung. Am besten auf Deutsch.“ Der Stil dieser Formulierung wurde wohl nicht zufällig gewählt, semantische Konnotationen mit einer Drohung (vgl. den Sprachgebrauch „Mit dir werde ich Deutsch reden!“) können als ein Zeichen der Kontinuität und ein aktuelles Kokettieren mit dem rechten Populismus gedeutet werden, der Intention nach als bildungs- oder integrationspolitisches Konzept im Widerspruch zu allen einschlägigen sprachwissenschaftlichen, sprachdidaktischen und integrationspädagogischen Forschungen. Das Selbstverständnis oder besser noch das Dogma, Österreich sei kein Einwanderungsland macht einen klaren Blick auf die sprachliche Realität der Menschen mit Migrationshintergrund unmöglich und unsensibel.

Schlus sbemerkungen

Das österreichische Bildungswesen ist für seine Aufgaben bei der Integration von Zuwanderern noch immer nicht ausreichend gerüstet. Dies liegt u.a. im herrschenden Dogma begründet, dass Österreich kein Einwanderungsland sei. Jahrzehnte wurden in der Bildungs- und Integrationspolitik verloren, was jetzt – ausgerechnet in einer Wirtschafts- und Finanzkrise besonders deutlich hervorbricht. Der aktuelle politische Diskurs zum Thema ist populistisch, ressentimentgeladen. Die herrschende, stets auf den Boulevard schielende Politik scheint wie gelähmt, Erkenntnisse der Forschung umzusetzen und die Ergebnisse der „Beschulung“ der „Migrationsanderen“¹⁶ zu verbessern. Der aktuelle Diskurs beschädigt das bisher Erreichte und verhindert, dass weiterhin erfolgreiche Wege beschritten werden. Insbesondere in Krisenzeiten wird immer wieder versucht, die muttersprachliche Förderung der Schüler mit Migrationshintergrund aus Einsparungsgründen zurückzufahren.¹⁷ Kleinster gemeinsamer aktueller gesellschaftspolitischer Nenner scheint ein vermehrtes Angebot von Deutsch für alle Zuwanderer zu sein. Wenn es nur so einfach wäre: Man erlerne den richtigen Code und dann ist die Integration (so gut wie) geschafft. Faktum aber ist, Deutschkenntnisse auf hohem Niveau sind notwendig, nicht hinreichend.

Das bestehende sozial selektive Schulsystem besonders integrationsfeindlich benachteiligt zwingend insbesondere Migranten. Ein hoher Prozentsatz von ihnen beendet ihre Schulkar-

¹⁵ vgl. Gero Fischer:

Schulversuch muttersprachliche Alphabetisierung. VS Kindermannngasse Wien XVII. Bericht (BMUK) Wien 1992

Schulversuch: Zweisprachiger Unterricht an Handelsschule und Handelsakademie des BFI in Wien Margareten. Schlußbericht. Wien, 1994, In: Report 3/2/1994: 38-42

Alphabetisierung in der Muttersprache - Schulversuch Modell Kindermannngasse Wien. In: R. Gauß / A. Harasek / G.Lau (Hg.) Interkulturelle Bildung - Lernen kennt keine Grenzen. Wien 1995: 185-200

¹⁶ vgl. Paul Mecheril: Einführung in die Integrationspädagogik. Weinheim 2004

¹⁷ Vgl.: F.O. Radtke: Schule und Ethnizität. In: Helsper, W./ Böhme, J. (Hg.): Handbuch der Schulforschung. S. 651 – 672. Wiesbaden 2008

riere bloß mit dem Abschluss der Pflichtschule, viele sind für den Arbeitsmarkt schwer vermittelbar.

Neben dem Schulsystem muss auch die Lehrerausbildung in die Pflicht genommen werden. Lehrer aller Stufen müssen sich im Rahmen ihrer Ausbildung obligatorisch, umfassend und wissenschaftlich auf dem letzten Stand mit Integration befassen, nicht so wie bisher unverbindlich und auf freiwilliger Basis – das ist die Bringschuld eines Einwanderungslandes.

Die Integrationsdebatten der letzten Monate, gefährlich angeheizt durch den Disput um T. Sarrazins rabiante und fragwürdige Statements, haben das Klima zwischen Einheimischen und (vor allem moslemischen) Migranten gefährlich verschärft¹⁸. Dies macht deutlich, dass auch eine bewusste, offene Auseinandersetzung mit der Religionsproblematik mit dem Hauptziel geführt werden muss, Vorurteile und Konflikte zu entschärfen. Neben vergleichenden Zugängen geht es vor allem um Fragen der Ethik, Verantwortung, Formen des Zusammenlebens in der Gesellschaft u.ä. Ein solcher Unterrichtsgegenstand (ob er Ethikunterricht heißt oder anders, ist belanglos), der sich grundsätzlich an alle Schüler richtet, könnte jungen Menschen Orientierungen liefern und sie weniger anfällig für Fanatismus, nationalistische, religiöse, politische Hetze, u.dgl. machen. Ein solcher Unterricht – verpflichtend für alle – könnte zum Abbau von Vorurteilen beitragen, kulturelle Unterschiede einsichtig machen, weil u.a. konkrete Probleme angesprochen werden, die beim Integrationsprozess auftreten. Integration ist ein Prozess, der nicht allein den Zugewanderten aufgehalst werden kann, es ist ein gegenseitiger, gemeinsamer Prozess, ein Geben und Nehmen von beiden Seiten, ein Prozess, der gegenseitiges Verstehen, Empathie fördern und entwickeln kann und soll.

Nicht zuletzt geht es um das europäische Projekt, das mit Gelingen der Integration und der definitiven Überwindung nationalistischen kulturchauvinistischen Herrschaftsdenkens schicksalhaft verbunden ist. „Europa ist bereits ein kosmopolitischer Kontinent mit Millionen Bürgern nichteuropäischer Herkunft. Wünschen wir uns nicht die Loyalität dieser Menschen und ihrer Kinder? Eine stagnierende EU, die allein um sich selbst kreist, wird nicht nur die Fähigkeit einbüßen, Einfluss auf die Angelegenheiten anderer zu nehmen; sie wird auch ihre eigene Zukunft verlieren. Das wäre nicht nur für Europa von Nachteil, sondern auch für jede einzelne Nation ...“¹⁹

¹⁸ vgl. Spiegel 3/2001: Brandsätze und Schweineblut.

¹⁹ Tony Judt: Berliner Provinz. Warum Deutschland die jüngste Krise der EU verschuldet hat. In: Der Spiegel 33/2010